

7. Sitzung, Dienstag, 15. Februar.

Zweite Lesung des Staatshaushalts.

(Fortsetzung aus dem Abendblatt.)

Abg. Hoersch-Neunkirchen (fortfahrend): Die Maßnahmen der Regierung ließen eine glückliche Hand vermessen. Obwohl die Regierung ersucht worden war, die Grundstoffe für die Behandlung der neuen Ernte so zeitig zu veröffentlichen, daß die Beteiligten rechtzeitig über ihre Pflichten und Rechte unterrichtet waren, erschien die erste Bundesratsverordnung, als die Ernte nahezu beendet war. Durch die in der Folge schwankende und wechselvolle Haltung ist

Unruhe und Erbitterung

in die Kreise der Erzeuger und Verbraucher getragen worden. Bei den niedrigen Speisekartoffel- und den hohen Schweinefleischpreisen ist es für den Landwirt verlockender, die Kartoffeln zur Schweineaufzucht zu verwenden. Von großer Wichtigkeit ist es, daß wir auch nach dem Kriege unsere Bedürfnisse aus eigener Kraft für lange Jahre decken können. Das gilt ebenso für unsere Industrie wie für unsere Versorgung mit Lebensmitteln. Die Betriebsunternehmer können ihre Betriebe aber nur aufrechterhalten, wenn sie mit angemessenen Preisen für ihre Erzeugnisse rechnen können und nicht eines Tages vor der Gefahr des Zusammenbruches stehen. Unser wirtschaftlicher Kampf muß unter dem Zeichen stehen: Verzagen ist Unkraut — reißt es heraus! Nur Arbeit, nur Mut baut ein herrliches Haus. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Hoff (Fortfähr. Bp.): Ungeahnte Anforderungen hat der Krieg an uns gestellt. Ungeahnt sind aber auch die Leistungen des deutschen Volkes. Unvergänglichem Ruhm und unauslöschlichen Dank haben sich unsere Krieger erworben. (Lebhafter Beifall.) Diesen Leistungen im Felde stehen aber die Leistungen daheim würdig zur Seite. (Sehr richtig!) Aber alle unsere Entbehrungen hier zu Hause reichen nicht an die Entbehrungen unserer Truppen draußen im Schützengraben heran. (Zustimmung.) 500 000 Geviertkilometer feindlichen Landes sind von uns und unseren tapferen Verbündeten besetzt. Die Tore des Orients und des Balkans sind gesprenkt.

Wir dürfen aber deshalb die wirtschaftlichen Fragen nicht auf die leichte Schulter nehmen. Uns stehen Lebensmittel weder in der Güte noch in der Menge wie bisher zur Verfügung. Wir müssen unsere ganze Ernährung darauf einstellen. Die deutsche Landwirtschaft steht in bezug auf die Erzeugung an erster Stelle in der Welt. (Beifall.) Ihre Leistungsfähigkeit rührt aber nicht erst aus der Zeit des Zolltarifs her, sondern die Wurzeln ihres Aufschwunges liegen schon in der Zeit der Caprivischen Wirtschaftsperiode. (Sehr richtig! links.) Der Landwirtschaft in ihrer Gesamtheit darf man nicht den Vorwurf machen, daß sie Wucher und Zurückhaltung getrieben hat. Aber hier und da ist gesündigt worden. Namentlich die Vorschriften über die Verfütterung von Brotgetreide sind leider nicht immer mit der bisherigen Gewissenhaftigkeit durchgeführt worden. Die verantwortlichen Stellen müssen ernsthaft prüfen, ob man die losere Form der Reichsgetreidebestelle bestehen lassen oder die straffere Form der Kriegsgetreidegesellschaft wieder aufnehmen will. Deshalb beantragen wir

die Regierung zu ersuchen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um das Brotgetreide aus der kommenden Ernte wirksamer als bisher gegen Verfütterung zu sichern, um — unter tunlichster Erhöhung der Brotrotationen — eine möglichst große Menge Brotgetreide für die Volksernährung bereitzustellen zu können.

Wir müssen während des Krieges unseren Fleischverbrauch einschränken. Aber hoffentlich können wir im Frieden bald wieder die alte Höhe des Fleischverbrauchs erreichen. Je höher die Fleischpreise sind, desto größer ist der Anreiz zur ungesunden Verfütterung des Brotgetreides. Deshalb dürfen die Fleischpreise nicht zu sehr in die Höhe gehen. Allerdings sollte man die Preise nicht schematisch gleichmachen, sondern für die guten Stücke können gern höhere Preise genommen werden, damit die anderen Stücke zu billigeren Preisen abgegeben werden können. Gegen die Ausfuhrverbote einzelner Bundesstaaten müssen wir entschiedensten Widerspruch erheben. (Zustimmung.)

Nun die Kartoffelversorgung! Wir haben wieder eine Rekordernnte von 54 Mill. D.-Ztr. Leider hat aber

die Reichskartoffelstelle

sie nicht als guter Hausvater verwaltet. So darf das nicht weiter gehen! (Lebhafte Zustimmung links.) Die Erhöhung der Kartoffelpreise halten wir für sehr bedenklich; sie ist eine

Prämierung für die Zurückhaltung der Kartoffeln.

Das Zentrum hat einen Antrag eingebracht, der sich gegen eine Heraushebung der Kartoffelhöchstpreise, soweit sie nicht durch Schwund nötig wird, wendet. Diesem Antrage stimmen wir zu. Für die Fehler, die in der Kartoffelversorgung vom Reiche gemacht sind, darf man nicht die Gemeinden verantwortlich machen. Der Zuckerrübenbau muß auf die alte Höhe kommen. Die Erhöhung des Rohzuckerpreises darf wirklich nicht eine Verteuerung für den Verbraucher herbeiführen. Höchste Förderung verdient der Gemüßbau als Ersatz für den Fleischausfall. Unter Umständen müssen

Zuschüsse aus Staatsmitteln

gewährt werden, damit der minderbemittelten Bevölkerung die Versorgung mit unentbehrlichen Nahrungsmitteln möglich ist. Aber es könnte sich bei dem Ausschußantrage um Hunderte von Millionen handeln, auch wäre zu befürchten, daß die Preise noch

mehr steigen. Wir haben deshalb einen eigenen Antrag eingebracht. Die finanzielle Lage der Landwirtschaft ist gut. Nach dem Kriege werden die Preise auf Jahre so gut sein, daß die Landwirtschaft mit ihren eigenen Einnahmen ihre Kriegsschäden reparieren kann. Wirtschaftlich halten wir jedenfalls durch.

Abg. v. Dertgen (Konf.): Die Förderung der Produktion kann nur durch Preiserhöhungen geschehen, die den erhöhten Erzeugungskosten entsprechen. Aber die Preise dürfen nicht unerschwinglich für den Verbraucher werden. Der staatliche Zwang wird leicht zum zweischneidigen Schwert. Die Zwangsmaßnahmen dürfen den Krieg nicht überdauern. Die Schätzung des Getreides geschah, als es zum Teil noch unausgedroschen war. Wenn sie niedriger ausfiel, so liegt das auch daran, daß man unbedingt sicher sein wollte, daß nicht nachher Ausfälle sich herausstellten. In einzelnen Gegenden war die Ernte auch wirklich schlecht. Der Landwirtschaft kann man keinen Vorwurf daraus machen, daß sie Kartoffeln verfüttert hat. Die Bestimmungen waren ja so unklar. Der Antrag, in Revieren mit großem Wildbestand einen zwangweisen Abschluß herbeizuführen, geht uns zu weit.

Abg. Westermann (nl.): Die Verhandlungen in der Kommission haben auch mich überzeugt, daß wir durchhalten können. Aber es ist notwendig, die Bestimmungen über die Brotrotationen und die Futtermittel genauer als bisher zu befolgen. Auch die Kartoffelversorgung kann nicht so weiter gehen wie bisher. Der Unterschied zwischen der Ernteschätzung und der Bestandserhebung beruht wohl zum großen Teil darauf, daß beide von verschiedenen Personenzirkeln vorgenommen sind. Jedenfalls muß ich entschieden bestreiten, daß Vorräte böswillig verschwiegen sind. Die Leute haben allerdings geglaubt, in ihren Angaben vorsichtig sein zu sollen.

Die Höchstpreisfestsetzung der Kartoffeln ist den wirtschaftlichen Verhältnissen nicht gerecht geworden; man wartete auf weitere Anordnungen aus Berlin. Diese blieben aus, der Frost kam, und viele Kartoffeln erfroren. Der Kartoffelhöchstpreis ist reichlich niedrig bemessen. Jetzt haben die Aufkäufer der Gemeinden das Recht erhalten, 1,20 M. über den Höchstpreis hinauszugehen. Das halte auch ich für sehr bedenklich. Auch über den Hafer hören wir viele Klagen, vor allem darüber, daß jetzt der Haferpreis erhöht worden ist. Der Bedarf an Kartoffeln für die Volksernährung muß im Notfall durch Beschlagsnahme gedeckt werden. Die Saatkartoffeln sind von den Höchstpreisen ausgenommen worden. Das hat zu einer Preistreibeerei geführt, die letzten Endes den Kartoffelbau einschränken würde, wenn man nicht rechtzeitig dagegen einschreitet. Die Steigerung der Fleischherzeugung ist ein hoch anzuerkennendes Verdienst der deutschen Landwirtschaft. Die Festsetzung der Höchstpreise für Schweine in der Art, wie sie erfolgt ist, halte ich für höchst bedenklich. Der Weg, provinzielle Viehhandelsindukate einzurichten, mag gangbar sein. Der Fleischverbrauch sollte auch weiter eingeschränkt werden. Die Beschwerden des Krieges werden noch wachsen, aber sie erscheinen gering gegenüber denen, die unsere Krieger im Felde ohne Murren ertragen. (Beifall.)

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 11 Uhr vertagt.
Schluß: 5 1/2 Uhr.